

06.10.2004

Kölns Zukunft braucht Entscheidungen

Die Stadt steht vor schweren Zeiten. Angesichts der Finanzkrise und vieler anstehender, schwerwiegender Entscheidungen braucht Köln eine stabile Mehrheit für eine verlässliche Politik im Rat. Dies war allen Parteien und der Öffentlichkeit vor der Kommunalwahl klar. Nach der Wahl haben CDU und Grüne mehr als eine Woche für die Erkenntnis gebraucht, dass die Wählerinnen und Wähler diese Koalition beendet haben. Die KölnSPD sieht nach den ersten Sondierungsgesprächen und den Statements von CDU und Grünen ihre Einschätzungen vom Wahlabend bestätigt:

1. Die KölnSPD hat ihr wichtigstes Wahlziel erreicht: Die Koalition von CDU und Grünen hat 11,6 % der Stimmen verloren und keine Mehrheit mehr im Rat. Die SPD-Fraktion hat praktisch die gleiche Stärke wie die CDU-Fraktion.
2. Den CDU-Vorschlag eines „stabilen Bündnisses“ mit den Grünen, dem andere Parteien beitreten können, kann die KölnSPD nur ablehnen. Dieses Bündnis würde ausschließlich dem Machterhalt von CDU und Grünen dienen. Für Köln würde eine solche Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners nur Stagnation, nicht Fortschritt bedeuten.
3. Die KölnSPD will die Forderung aus ihrem Wahlprogramm einlösen: Die Stadt muss ihre Handlungsfähigkeit als Garant der Daseinsvorsorge, als Motor innovativer Prozesse und eines neuen sozialen Kölns sowie als aktiver, zuverlässiger Partner und Dienstleister zurück gewinnen. Das vor der Wahl veröffentlichte 11-Punkte-Programm dient dabei als Richtlinie für Gespräche mit potentiellen Partnern.
4. Für die KölnSPD steht fest: Nur eine stabile, verlässliche Ratsmehrheit kann die Probleme dieser Stadt entschlossen angehen und lösen. Alle anderen Konstellationen böten zudem rechtsradikalen Gruppen Einfallstore in die Kölner Stadtpolitik. Rechtsradikale dürfen unter keinen Umständen Mehrheitsbeschaffer sein. Die KölnSPD wird die rechtsextremen Kräfte im Kölner Rat massiv attackieren und deren Politikunfähigkeit öffentlich nachweisen.
5. Zukunftsorientierte, erfolgreiche Politik für Köln braucht Veränderungen. Wer Veränderungen bewirken und verantworten will, muss über eine stabile Mehrheit Handlungsfähigkeit im Rat herstellen - für die Aufstellung

bile Mehrheit Handlungsfähigkeit im Rat herstellen - für die Aufstellung und Beschlussfassung von Haushalt und Haushaltssicherungskonzept, für wesentliche inhaltliche Entscheidungen, für Lösungen schwieriger Einzelprobleme und für Strukturfragen. Handlungsfähigkeit schließt im übrigen Handlungsfreiheit keineswegs aus.

6. Die Notwendigkeit, eine handlungsfähige und zuverlässige Mehrheit im Rat herzustellen, schließt Minderheiten-Koalitionen aus. Eine Minderheitenregierung gegen die CDU und die CDU-dominierte Stadtspitze ist nicht im Interesse Kölns. Eine solche Konstellation würde bestenfalls Stagnation in Politik und Verwaltung bedeuten.
7. Auch Lösungen, die nur eine denkbar knappe Ratsmehrheit zustande bringen, sind nicht unser Ziel. Die zusammengerechnete „Volksfront“ aus SPD, Grünen und PDS würde unter dem Druck der Entscheidungen schnell in dieselbe Schiefelage geraten wie vor Jahren CDU und FDP.
8. Die KölnSPD will Veränderungen in dieser Stadt. Dazu bedarf es einer soliden und verlässlichen Politik im Rat der Stadt Köln. Wenn eine Mehrheit dafür nicht zustande kommt, wird die KölnSPD selbstbewusst und überzeugend ihre Politik für Köln aus der Opposition heraus vertreten.
9. Die KölnSPD hat in den vergangenen Jahren einen grundlegenden Erneuerungsprozess bewältigt. Die CDU hat einen ähnlichen Prozess begonnen, aber bei weitem nicht abgeschlossen. Wir werden die Rückkehr zu einem ignoranten und für Köln schädlichen Umgang mit den öffentlichen Interessen nicht zulassen - auch nicht in der Zusammenarbeit mit politischen Kräften, die Stadtpolitik alter Art mitgetragen haben.
10. Die CDU hat seit der Wahl fast zwei Wochen mit internen Diskussionen und der Präsentation fragwürdiger Konstellationen verstreichen lassen. Im Interesse Kölns sollte die endgültige Form künftiger Zusammenarbeit im Rat noch vor den Herbstferien geregelt sein.

Jochen Ott Martin Börschel Ingrid Hack Michael Zimmermann Werner Böllinger

Mitglieder der Verhandlungskommission